



öffentlich

**Betreff:**  
Sozialwohnungen sichern

**Einreicher:** Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 22.05.2018

Eingang 922: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.06.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister im Bestreben, die Zahl der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen in Potsdam zu erhöhen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit dem Land Brandenburg zur Verlängerung der bestehenden Mietpreis- und Belegungsbindungen eine Ausweitung des mit der ProPotsdam und der Genossenschaft „Karl-Marx“ getroffenen Modells auch auf andere Akteure auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen.

gez. P. Heuer      M. Finken  
Fraktionsvorsitzende/r

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Zahl der mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen in Potsdam konnte durch bisher getroffene Vereinbarungen stabilisiert werden. Ohne diese würde die Zahl heute nicht bei über 5.000, sondern unter 1.000 Wohnungen liegen. Mit den neuen Fördermöglichkeiten und Vorgaben für Investoren kann die Zahl mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungen erstmals wieder spürbar steigen. Voraussetzung ist, dass es eine Anschlussvereinbarung mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg gibt, damit die Zahl der derzeit vorhandenen Mietpreis- und Belegungsbindungen nicht sinkt.